express
Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

»Bald sind wieder Betriebsratswahlen!« – »Wir haben andere Sorgen…!«

Von Wolfgang Schaumberg*

In: ***express*** *12/2025*

Neunmal habe ich Betriebsratswahlen während meiner Arbeitszeit bei Opel in Bochum selber miterlebt, für uns als oppositionelle Betriebsgruppe GoG immer ein aufregendes Erlebnis. Den Kommentar vieler Kolleg:innen habe ich noch im Ohr: »Jetzt geht Euer Gerangel um die Posten wieder los − wir haben andere Sorgen…«

Derzeit diskutieren gewerkschaftlich Aktive in den Großbetrieben wieder aufgeregt über die ab März anlaufenden BR-Wahlen. Gut, dass auch die linken Publikationen die damit verbundenen Probleme, Forderungen, Aufgaben aufgreifen − und nach den Wahlen wieder brav ihre Analysen veröffentlichen werden.

Dass und wie die große Mehrheit unserer Gewerkschaftskolleg:innen das Thema BR-Wahlen anders diskutiert, wäre durch Untersuchungen vor und, soweit möglich, in den Betrieben zu erforschen, beispielsweise durch systematische Befragungen von nicht schon Aktiven, also nicht von BR-Mitgliedern oder Kandidat:innen. Leider ist ein derartiger Versuch nicht in Sicht, obwohl nach dem überraschenden Wahlerfolg der Linkspartei und dem Zustrom zehntausender neuer Mitglieder − darunter sicherlich viele aus Betrieben mit BR-Wahlen − etwas Hoffnung geschürt wurde, dass der Blick nun mehr auf die Masse der Beschäftigten gelenkt würde.

So wäre unter anderem daran zu erinnern: Die Parteivorsitzende der Linken kündigte im Interview am Tag nach der Wahl an, die Partei wolle ihre Forderungen wie beim Wahlkampf »auf die Straße und vor die Wohnungstüren« bringen. »Vor die Werkstore!« war zwar nicht angesagt, doch erklärte Ines Schwerdtner in ihrem Artikel zum 1. Mai unter dem Titel »Warum Gewerkschaften zentral für unsere Arbeit als sozialistische Partei sind«: »Unser Selbstverständnis ist (...), eine organisierende Klassenpartei zu sein. Gewerkschaften werden damit zum zentralen Bündnispartner. Peter Mertens von der Partei der Arbeit in Belgien sagte mir, es sei zehn Mal schwieriger, arbeitende Menschen in Betrieben für eine sozialistische Partei zu organisieren. Aber der Aufwand ist es allemal wert. Es sollte selbst-verständlich sein.«[1]

Als hoffnungsträchtiges Beispiel für einen auf die große Mehrheit der Lohnabhängigen gerichteten Blick wäre auch an die Ankündigungen vom linken Bundestagsabgeordneten Cem Ince, ehemals Betriebsrat bei VW in Salzgitter, zu erinnern. In zwei Interviews in der Zeitschrift *Arbeiterpolitik* (Nr. 2 und Nr. 3/2025) forderte Cem das »Zusammenführen der Kämpfe« – und dass unsere Kolleg:innen erfahren, »dass sie Macht haben«. Er führte aus, dass der Druck von der Straße kommen muss: »Und auch meine Partei braucht den Druck von der Straße«. Weiter hieß es: »Es ist aber nicht einfach. Es ist viel Organisation, mühselige Arbeit und enorme Bildungsarbeit, die notwendig ist, in klein, klein, um so ein Klassenbewusstsein zu schaffen.«

[1] Welt der Arbeit, Zeitung der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei «Die Linke», Mai 2025.

Welche praktische Bedeutung hätte solch eine Orientierung für die BR-Wahlen, wo dann doch Kolleg:innen gewonnen werden müssten, die nicht versprechen, »bessere Vertreter« sein zu wollen, sondern die versprechen, mit den Kolleg:innen zusammen zu kämpfen, Druck auf der Straße zu machen und das Klassenbewusstsein voranbringen zu wollen?

Ein letztes Beispiel noch: Eine Provokation für die Diskussion der BR-Wahlen ergibt sich auch aus den Forderungen von Stephan Krull, der sich seit Jahren aufopferungsvoll für den »Gesprächskreis Zukunft Auto Umwelt Mobilität« (GK ZAUM) der Rosa-Luxemburg-Stiftung engagiert: Es geht um »kollektive Arbeitszeitverkürzung in Richtung der Drei-Tage-Woche (...). Das bedeutet eine Abkopplung vom Wachstumszwang, einen Ausstieg aus der globalen Konkurrenz, die die globalen Krisen verursacht hat und kein Teil der Lösung sein kann. (…) Es geht nicht um die radikalste Forderung – aber mit ›Sozialpartnerschaft‹ und auf Basis der Konkurrenz und Profitwirtschaft sind die Probleme nicht mehr zu lösen. Forderungen nach ›Unterstützung der Industrie‹ sind bei den gehorteten Gewinnen fehl am Platz. Vermögensabgaben, Dividendenbegrenzung, Arbeitszeitverkürzung und das Verbot von Entlassungen sind richtige Forderungen, die in gemeinsamen Aktionen von Gewerkschaften, Sozial-, Umwelt-, Klima- und Verkehrswendebewegung erkämpft werden müssen. Erforderlich und möglich sind gemeinsame Kämpfe im Konzern, in der Branche und international!«[2]

Werden solche Positionen von engagierten Linken bei den anstehenden BR-Wahlen diskutiert?

Der Blick auf die Großbetriebe, insbesondere auf die IGM-organisierten Belegschaften, erfordert eine schwierige Abgrenzung:

1. Ich finde es verständlich und gut, dass viele Aktivist:innen sich derzeit für die Gründung von Betriebsräten engagieren, oft gegen knallharten Widerstand der Unternehmer. Abgesehen davon, dass alle Bereiche der Klein- und Mittelbetriebe − erst recht die mit dem Kampf um BR-Gründung befassten − von Großbetrieben zu unterscheiden sind, zeigt Teslas Kampf gegen gewerkschaftliche Betriebsräte, dass auch bei einzelnen, relativ neuen Großunternehmen (zum Beispiel bei Amazon) die BR-Wahlen anders zu beurteilen sind. Deren Manager haben die offizielle Position der IG Metall noch nicht verinnerlicht, wie sie zum Beispiel in der spannenden, empfehlenswerten Broschüre »Solidarität ohne Grenzen« (2015, S. 33) auf den Punkt gebracht wird: »Die IG Metall und ihre Partnergewerkschaften erkennen den hohen Wert der Sozialpartnerschaft und betrieblichen Mitbestimmung an (...). In Deutschland weisen nicht nur Gewerkschaften, sondern auch die Bundesregierung, Unternehmen und Wirtschaftsverbände immer wieder darauf hin, dass Dialog und Mitspracherechte der Arbeitnehmer zur Stärke der deutschen Wirtschaft beitragen.«

2. Ebenfalls richtig und gut ist es, den Kampf gegen rechte Listen voranzubringen. Deren Verhinderung sollte aber nicht das einzige politische Ziel bei den BR-Wahlen sein (siehe auch S. 4-6).

3. Als politisch besonders brisant sollten die Erfahrungen in den alteingesessenen Großbetrieben und deren Ausrichtung der BR-Arbeit vor Ort angesprochen werden, auch wenn dies schwierig ist: Meiner Erfahrung nach werden betriebsverfassungsrechtliche Möglichkeiten der Gegenwehr auch in den großen Betrieben nicht ausgeschöpft, allein was zum Beispiel den § 87 Abs. 2 und 3 BetrVG (keinerlei Arbeitszeitveränderung ohne BR!) und die Nutzung von Betriebsversammlungen betrifft.

Der Knackpunkt dabei ist, dass sich auch die Linke kaum an die Kritik des Co-Managements herantraut. Denn zum einen wird dieses Verständnis von Gewerkschaftsführungen gewollt. Da fehlt unter Linken oft das historische Bewusstsein, warum und wie mit der rasanten Entwicklung der Digitalisierung ab den 1980er Jahren die Multinationalen ihre Profitziele immer zügiger global organisierten, nationale Tarifverträge obsolet wurden und zum Beispiel die IG-Metall-Führung argumentierte: »Unsere Betriebsräte sind unsere Experten vor Ort, die wissen ihren Standort zu sichern« – womit die Kolleg:innen die Aufgabe der Quadratur des Kreises am Hals hatten, nämlich Wettbewerbsfähigkeit plus Arbeitsplätze zu sichern.

[2] Stephan Krull: Ein Gebot der Vernunft. Industriepolitik in der Transformation!, Website von Stephan Krull, 20. Dezember 2024.

Zum anderen ist das entscheidende Problem aber meines Erachtens, dass unsere BR-Kolleg:innen gegen die betriebswirtschaftliche Argumentation ihrer Manager oft keine Argumente haben, kaum Wissen über deren Handlungszwänge und ihre Systembedingtheit. Von wem auch sollten sie Argumentationshilfe bekommen?! Und dass wir am Ende deutlich machen müssen, dass unsere Probleme, das heißt die der Lohnabhängigen, auch nicht auf Betriebs- oder Branchenebene gelöst werden können. Dabei ist deutlich zu sagen, dass auch wir Linken kein Patentrezept in der Tasche haben, jedoch eine ganze Reihe historischer und aktueller Erfahrungen in die Debatte bringen können, welche Schritte uns auf dem Weg zu einer sinnvollen, humanen Produktionsweise voranbringen können.

Letzteres zeigt vielleicht auch der GoG-Film »Luft zum Atmen«: Mut zu kontinuierlicher Aufklärung und Mobilisierung, zu ermutigenden Erfahrungen eigener Macht durch gemeinsam erkämpfte Kompromisse und »Luft zum Atmen« für gemeinsame Überlegungen, dass unsere Lohnabhängigkeit nicht naturgegeben ist.

Die Alternative konkret zu diskutieren, hieße dann zum Beispiel bei der Forderung nach der 30-Stunden-Woche, dass es nicht um die Rettung von Lohnarbeitsplätzen geht, sondern darum, angesichts massiv gesteigerter globaler Produktivität, globaler Blödsinnsproduktion und der möglichen Planbarkeit von Produktion und Verteilung die Arbeitszeitverkürzung als tolle Chance für ein besseres Leben für alle in die Debatte zu bringen – und somit Wut auf die unmenschlichen Verhältnisse zu lenken, die noch dazu dumm sind…

** Wolfgang Schaumberg war 30 Jahre lang Arbeiter bei GM/Opel in Bochum, ist immer noch aktiv in der Betriebsgruppe GoG (»Gruppe oppositioneller Gewerkschafter«) und arbeitet mit im »Forum Arbeitswelten« an Vernetzungsprojekten mit Aktivist:innen in China.*

express im *Netz und Bezug* unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraβe 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12